

ANTRAG
an das Wirtschaftsparlament der Wirtschaftskammer Kärnten
am 22. November 2022

Alles Unternehmen für eine sichere und leistbare Energieversorgung

Für den Wirtschafts- und Produktionsstandort Kärnten ist die Energiefrage die größte Herausforderung, damit die Betriebe weiter erfolgreich wirtschaften und Arbeitsplätze erhalten können. Dazu braucht es ein entschlossenes Handeln der Politik, um Versorgungssicherheit und wettbewerbsfähige Preise zu gewährleisten. Vorrangiges Ziel muss sein, Fehlentwicklungen z.B. bei der Preisberechnung von Strom zu korrigieren oder – wenn dies nicht möglich ist – die Auswirkungen auf die Unternehmen durch konkrete und umfassende Entlastungsmaßnahmen abzufedern. Wir kämpfen für unsere Mitglieder! Seit Anfang des Jahres kämpfen wir an allen Fronten für die Umsetzung ihres Entlastungsprogrammes zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen: Aus diesem Grund hat die WKK – gemeinsam mit den Kollegen aus der Steiermark und Oberösterreich – die Aktion unternimmwas.at gestartet, um eine nachhaltige Reduktion der Abgaben und Steuern auf Energie zu erreichen.

Durch die Unterstützung von über 60.000 Unternehmer:innen und Privaten konnten bereits erste politische Erfolge erreicht werden:

- Die Elektrizitätsabgabe und Erdgasabgabe wurden um ca. 90 % gesenkt.
- Die Vorauszahlung der Einkommens- und Körperschaftssteuern wurden herabgesetzt.
- Das Unternehmens-Energiekostenzuschuss-Gesetz wurde beschlossen und ist seit Anfang November beantragbar

Es gibt aber noch einige offene Punkte.

Der Sozialdemokratische Wirtschaftsverband stellt daher folgenden Antrag und lädt alle Fraktionen dazu ein, ihn zu unterstützen:

- Die Senkung der Mineralölsteuer sollte nach deutschem Vorbild sofort in Angriff genommen werden – Treibstoff und damit auch Transporte dürfen nicht zu Luxusgütern werden.
- Die temporäre Senkung der Umsatzsteuer auf Energie sowie Aussetzung der Erhöhung der Co2-Steuer.
- Preissenkende Maßnahmen wie die Änderung der Preisberechnung bei Strom oder die Einführung einer Gaspreiskontrolle -wie sie aktuell in Deutschland ausgearbeitet wird.

- Verlängerung und Ausweitung des Energiekostenzuschusses, um die Betriebe bei den Mehrkosten, welche über den heurigen Herbst und Winter entstehen, zu entlasten.
- Eine „Investitionsprämie NEU“ kann dazu beitragen, dass die Betriebe rascher auf alternative Energieträger umrüsten können.
- Die Genehmigungsverfahren für den Ausbau erneuerbarer Energien müssen stark beschleunigt werden – auch eine Genehmigungsfreistellung muss diskutiert werden!
- Die rasche Einführung einer Kontrahierungspflicht für Strom- und Gaskunden bis zumindest fünf Millionen kWh bei Strom und zehn Millionen kWh bei Gas.
- Eine (kurzfristige) Ausweitung der Befugnisse der bei der E-Control angesiedelten Schlichtungsstelle.



Dipl.-ing. Constance Mochar
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
Der Wirtschaftskammer Kärnten



KommR Johann Ogris
Mitglied des Wirtschaftsparlaments
der Wirtschaftskammer Kärnten